

Verbindliche rote Linien - Zur Debatte um die strategische Ausrichtung des Bezirksverbands Die Linke Neukölln

Diskussionsbeitrag von: Elfriede Müller (Linke Neukölln), Hermann Nehls (Sprecher, BO Reuterkiez), Michael Prütz (BO Sonne), Stefan Tschöpe (BO Hermannstrasse)

Die Partei Die Linke hat in den letzten Monaten einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Wir können von einer Neubildung der LINKEN sprechen. 120.000 Mitglieder sind über örtliche, länderweite und bundesweite Strukturen erfasst, zahlen Beitrag und wählen die parteiinternen Gremien. Die Partei ist nach dem durchschnittlichen Lebensalter der Mitglieder die jüngste der Parlamentsparteien in Deutschland (38,7 Jahre) und der Frauenanteil ist nach den GRÜNEN am zweithöchsten (44,5%). Auch für Berlin Neukölln gilt: Die Linke ist mit Abstand stärkste Kraft in Neukölln geworden und hat jetzt mehr als 2100 Mitglieder. So viele wie nie zuvor.

Mit diesem Aufschwung der LINKEN ist in Deutschland neben einem massiven Aufstieg von rechten, nationalistischen und rassistischen Kräften, in deren Zentrum die Alternative für Deutschland (AfD) mit knapp 65.000 Mitgliedern steht, auch ein starker linker Pol entstanden.

Der starke Mitgliederzustrom und der relative Wahlerfolg bei der Bundestagswahl eröffnen der LINKEN eine neue Chance. Das gilt auch für Berlin. Der große Teil der hinzu gekommenen Mitgliedschaft begründet ihre Politik damit, dass es um ihre Interessen und ihre individuellen Möglichkeiten der Politikgestaltung geht.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die grundsätzliche Überwindung des Kapitalismus, der strukturell mit ökonomischer Ausbeutung, Zerstörung der ökologischen und klimatischen Grundlagen, mit wachsender Entdemokratisierung und dem Aufbau autoritärer Staaten, mit menschenverachtender Migrationspolitik und mit der täglich wachsenden Kriegsgefahr einhergeht.

Wir fordern den Aufbau von nachhaltigen Parteistrukturen: In Stadtteilen, Betrieben, sozialen Strukturen und Bewegungen und den Aufbau der Partei als kollektive Mitmach- und Solidaritätsstruktur. Die wachsende Verankerung in den parlamentarischen und sonstigen Mitmachstrukturen, die die bürgerliche Gesellschaft auch Oppositionskräften anbietet, muss gesteuert werden. Dazu gehören: Befristung der Mandatszeiten für LINKE-Mitglieder auf maximal zwei Legislaturperioden und Trennung von parlamentarischen Ämtern und Parteiämtern. Und: Basis-Mitglieder der Partei müssen in den Entscheidungsstrukturen eine Mehrheit haben gegenüber Funktionär*innen, hauptberuflich Beschäftigten bei Fraktion und Partei und den Abgeordneten.

Innerhalb des Berliner Landesverbands der Partei Die Linke werden Diskussionen laut, es solle sich doch für 2026 wieder auf eine Regierungsoption mit SPD und GRÜNEN und auf einen entsprechenden Lagerwahlkampf eingestellt werden. Wir sollten aber ausdrücklich alternative, realistischere Perspektiven diskutieren und beschließen.

Denn eines ist und bleibt klar: Die LINKE wird ihren aktuellen Aufschwung und die neue Leidenschaft bei tausenden von Mitgliedern nur beibehalten und verstärken können, wenn sie weiterhin konsequent oppositionelle antikapitalistische und antimilitaristische Opposition bleibt. GRÜNE und SPD können dabei höchstens beschränkt und örtlich Bündnispartner werden, in der Regel sind sie in allen Fragen der Tagespolitik unsere Gegner.

Regierungsbeteiligung 2026 Ja oder Nein?

Wenn wir an die Ergebnisse der BTW 2025 anknüpfen wollen, gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen den Anspruch anmelden, in ganz Berlin und in Neukölln stärkste Partei zu werden.

Mit Blick auf die Interessen der Wähler*innen heißt das: Die Linke muss dem Protest gegen die herrschenden Verhältnisse eine Stimme geben und für konkrete Verbesserungen der Lebensumstände kämpfen.

Die Regierungsbeteiligung der PDS in den 2000er Jahren hat tiefe Enttäuschungen hinterlassen. Das darf uns nicht noch einmal passieren. Für die Wahl 2026 heißt das: Nicht grundsätzliche Verweigerung an einer Regierungsbeteiligung – dafür sind wir zu groß –, aber konkrete und verbindliche ‚rote Linien‘ für eine Regierungsbeteiligung, die für die Mehrheit der Berliner*innen nachvollziehbar und sichtbar sind. Sofern es zu Koalitionsverhandlungen kommt, müssen diese transparent geführt und mit der Mitgliedschaft diskutiert und abgestimmt werden – keine Verhandlungen in der Hinterstube!

Im Folgenden formulieren wir Bedingungen, unter denen SPD/Grüne mitregieren dürfen. Dabei fokussieren wir uns auf die Mietenkrise, Öffentliche Daseinsvorsorge, Vermögenssteuer, Aufrüstung und Militarisierung und das Zusammenleben in Neukölln und Berlin. Es handelt sich nicht um ein Wahlprogramm, sondern um eine Schwerpunktsetzung in den Fragen, in denen SPD und Die Grünen eine andere Politik verfolgen als wir.

1. Mietenkrise:

Die explodierenden Mieten und Nebenkosten betreffen Millionen Bundesbürger. In Berlin sind die Angebotsmieten seit 2022 um 42 Prozent gestiegen. Die Berliner*innen haben im September 2021 mehrheitlich dem von der Initiative Deutsche Wohnen und Co geforderten Volksentscheid zur Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne zugestimmt. Dieses Votum wird ausgebremst und nicht umgesetzt. Wir wissen: Ohne staatliche Eingriffe in die privatvertragliche Mietzinsgestaltung und die Regulierung des Wohnungsmarkts funktioniert die Wohnraumversorgung in Berlin nicht mehr.

Als wichtigste gesetzliche Maßnahme fordern wir eine staatliche Mietpreisbremse, einen Mietendeckel, der eine Mietobergrenze für Neuvermietungen sowie eine Einfrierung der Mieten zu einem bestimmten Stichtag vorsieht, mit Ausnahme von Genossenschaften. Zudem sollen Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Mietobergrenze lagen, abgesenkt werden.

An mögliche Koalitionspartner*innen stellen wir folgende Forderungen als Voraussetzung für eine Koalition:

- Sie müssen bereit sein, mit uns im Bundesrat über eine Gesetzesinitiative zur Mietenbegrenzung einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der öffentlich-rechtliche Regelungen zum Mietenstopp, Kappungen des Mietpreises und Mietpreisobergrenzen beinhaltet und die in ihren Landesverbänden in den anderen Bundesländern aktiv für die Unterstützung einer solchen Initiative werben.
- Sie müssen bereit sein, den Volksentscheid zur Vergesellschaftung von großen Immobilienunternehmen in einem Ländergesetz sofort umzusetzen. Zusätzlich zum Mietendeckel fordern wir die Vergesellschaftung der großen Wohnungsunternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen, um deren Marktmacht einzuschränken, und die Überführung ihres Wohnungsbestands gegen Entschädigung weit unter Marktwert in eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

2. Öffentliche Daseinsvorsorge

Wir fordern: Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleister, die dem Gemeinwohl und der öffentlichen Daseinsfürsorge dienen. Koalitionspartner müssen bereit sein, ein entsprechendes Verbot in der Berliner Landesverfassung zu verankern – so wie es Bremen mit seiner Landesverfassung vorgemacht hat. Dort darf es Privatisierungen nur mit einem positiven Volksentscheid geben.

2004 verscherbelte die Berliner Regierung, mit Zustimmung des PDS Wirtschaftsensors, die landeseigene gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft GSW mit über 65.000 Wohnungen zu einem Schnäppchenpreis, um kurzfristig Haushaltslücken zu schließen. Bereits in den neunziger Jahren wurden der Energieversorger Gasag, der Stromversorger Bewag, die Wasserbetriebe BWB, die Versicherungen Feuerzietät und Öffentliche Leben oder die Landesbank Berlin privatisiert. Die Folgen der Privatisierung sind bekannt. Statt angeblich höherer Leistungsfähigkeit privater Anbieter bekamen wir höhere Preise und Gebühren – verbunden mit schlechterem Service und rücksichtsloser Ausnutzung von Marktmacht, weniger demokratische Kontrolle und prekäre Arbeitsverhältnisse der dort Beschäftigten.

Die Partei Die Linke hat aus den Fehlern der PDS gelernt. Während die CDU/SPD-Regierung und deren Kulturverwaltung planen, die öffentlichen Theater und Spielstätten zu privatisieren, müssen Kunst und Kultur ein Gut der öffentlichen Daseinsfürsorge bleiben. Das sichert den Zugang für alle und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

3. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer/Einkommenssteuer für Gutverdienende

In Zeiten immer größerer Finanzierungsnöte des Staates und klaffender Haushaltslöcher brauchen wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und Einkommenssteuer, um unsere Forderungen auch durchsetzen zu können. Die Vermögenssteuer ist in der Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes (Art. 106 GG) festgeschrieben und aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1995 nur ausgesetzt. Grund hierfür war die Ungleichbehandlung der verschiedenen Vermögensarten im Steuerrecht, speziell des Grundvermögens.

Die Einnahmen daraus würden nach dem Grundgesetz an die Bundesländer gehen. Denn Länder und Kommunen, die staatsrechtlich Teil der Länder sind, müssen den Löwenanteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Investitionen in Deutschland stemmen. Die Vermögenssteuer soll als Millionärssteuer erhoben werden. Damit die Vermögensteuer steuergerecht die Milliardäre und Multimillionäre zur Kasse bittet und keine neuen Steuerschlupflöcher genutzt werden können, müssen noch Detailfragen wie Freigrenzen für privates und betriebliches Nettovermögen (Vermögen minus Schulden) geklärt werden.

Die Linke Berlin soll nur mit Parteien regieren, die bereit sind, im Bundesrat unverzüglich einen Gesetzesentwurf zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Erhöhung von Erbschafts- und Einkommenssteuer für Vermögende vorzulegen und die sich während der Legislaturperiode aktiv dafür einzusetzen. Sie sollen die Daseinsvorsorge finanzieren und mehr Steuern in die Staatskasse, insbesondere der finanzschwachen Länder wie Berlin, spülen.

4. Militarisierung der Gesellschaft

Wir halten es für notwendig, angesichts der massiven Aufrüstung der NATO, die eine kriegerische Eskalation mit sich bringt, ein klares Stoppschild zu setzen. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind mit 2,2 Billionen US-Dollar auf einem neuen Rekordniveau. Die Zeichen stehen überall auf Krieg. Der NATO-Beschluss, fünf Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Bruttoinlandsprodukts in Aufrüstung zu stecken, bedeutet, fast die Hälfte des Bundeshaushalts dafür zu verwenden. Das heißt: Schlechtere Gesundheitsversorgung und miese Arbeitsbedingungen in der Pflege, fehlende Mittel für Kitas, kommunale Aufgaben und unbezahlbare Mieten. „Kanonen statt Butter“ bedeutet Arbeitszeitverlängerung, Krise und Stellenabbau. Auch die Gesundheitsversorgung, die Bahn, Logistik sollen militärisch ausgerichtet werden.

Rüstungsindustrie nimmt auch in Berlin eine immer bedeutendere Rolle ein. Prominentes Beispiel ist der bisherige Automobilzulieferer Pierburg, der jetzt zum Rheinmetall-Konzern gehört und im Weddinger Werk Komponenten für Artillerie-Munition produziert. Immer mehr Firmen in Berlin stellen ihre Produktion auf militärische Zwecke um. In den vergangenen Monaten ist die Zahl der sogenannten "Dual-Use"-Firmen von 50 auf 100 gestiegen, Betriebe, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke produzieren. Hier geht es nicht um schweres Kriegsgerät, wohl aber um Nachrichtentechnik, die in der Kriegsführung eine immer zentralere Rolle einnimmt. Und im Palais am Pariser Platz direkt neben dem Brandenburger Tor hat einer der größten deutschen Rüstungsproduzenten sein repräsentatives Büro: Rheinmetall.

Die Bundesregierung und der Berliner Senat tun alles dafür, die Nation wieder kriegstauglich zu machen. Menschen sollen bereit sein, in aktuellen und kommenden Kriegen zu Kanonenfutter im Schützengraben zu werden die Interessen der Kriegsprofiteure zu bedienen.

Stimmen, die eine friedliche Perspektive vertreten, Proteste, die sich kritisch gegenüber der Militarisierung äußern, werden diskreditiert und wie wir gerade beim Protestcamp von ‚Rheinmetall entwaffnen‘ in Köln erlebt haben, versucht zu verhindern und kriminalisiert. Gezielt werden einfache Feindbilder und Bedrohungsszenarien aufgebaut, Verunsicherung und Angst werden geschürt und bilden den Nährboden für einen Nationalismus, der die Kriege so darstellen soll, als wären sie in unserem Interesse.

Die Interessen der staatlichen Machtkämpfe um Ressourcen und Profitsicherung sind nicht unsere. Wir stellen uns gegen die militärische Doppelmoral, die einhergeht mit Waffenlieferungen in eskalierende Kriege und Konflikte, an Verbündete Akteure und Staaten, die mit deutschem Kriegsgerät vernichtende Kriegsführung gegen Zivilbevölkerungen durchführen. Unser antimilitaristischer Widerstand, unser Eintreten für den Frieden beginnt mit der Verweigerung, uns in diese Logik von Angst, Gewalt und Militarismus hineinziehen zu lassen.

- Wir lehnen die Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands ab und fordern von der Bundesregierung, die vielen Milliarden Euro für Soziales, Gesundheit, Bildung und Klimaschutz auszugeben.
- Wir lehnen Werbung der Bundeswehr an Jobcentern, Berliner Schulen und Hochschulen sowie die Rekrutierung Minderjähriger ab.
- Wir wollen die Wehrpflicht, die seit dem Jahr 2011 nur ausgesetzt ist, ganz abschaffen.
- Für einen Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine und einen sofortigen Waffenstillstand; Aufnahme aller Geflüchteten Aufnahme und Bleiberecht, allen Deserteur*innen Asyl gewährt wird.

- Wir fordern ein Ende der Komplizenschaft der Bundesregierung beim Genozid in Gaza und den Stopp aller Waffenlieferungen an Israel.

5. Nahostkrieg – Zusammenleben in Berlin und Neukölln

Die Bundesregierung ist durch die politische und militärische Unterstützung Israels Komplizin des Genozids an den Palästinenser*innen. Wir müssen die Solidarität mit den Betroffenen stärken und zu ihrer Integration beitragen.

Deutschland blickt auf eine lange Geschichte palästinensischer Einwanderung zurück. Von den rund 200.000 Menschen palästinensischer Herkunft leben circa 45.000 Palästinenser*innen in Berlin, die größte palästinensische Community in Europa. Das Bild eines internationalen, multikulturellen Berlin hat nicht erst seit dem Gazakrieg Risse bekommen. Es gab immer Vorbehalte gegen palästinensische Einwanderung, rassistische wie politische. Die palästinensische Diaspora wird von der deutschen Politik hauptsächlich als Sicherheits- oder Integrationsproblem betrachtet und in den Medien kam sie bis vor kurzem kaum vor. Ihre Geschichte wurde negiert, ihre Gewalterfahrung ausgeblendet, ihre Anliegen ignoriert. Genau wie der koloniale und strukturelle Rassismus.

Nicht nur Palästinenser*innen, auch Menschen, die in Deutschland gegen den Gaza Krieg protestieren, werden auf vielfältige Weise drangsaliert. Seit dem Überfall vom 7. Oktober 2023 werden propalästinensische Proteste noch stärker kriminalisiert. Rassistische Vorverurteilungen spielen bei der gezielten Verfolgung eine wichtige Rolle. Gegen Bürger*innenrechte wird verstoßen, Kultureinrichtungen zensieren sich selbst, indem sie kritische Veranstaltungen absagen.

Es leben geschätzt 30.000 Jüd*innen und Israelis in Berlin, die aus Ablehnung der israelischen Regierung nach Berlin gekommen sind und sich häufig in der Palästinasolidarität engagieren. Als Linke sind wir an einem friedlichen Zusammenleben aller Communities interessiert und lehnen Antisemitismus genauso ab wie Rassismus. Die unterschiedlichen Communities sollen gleichberechtigt hier leben können. Dazu kann die Berliner Landespolitik beitragen.

Wir fordern:

- Die Verteidigung der demokratischen Rechte für Jüd*innen und Palästinenser*innen gleichermaßen, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit.
- Die Anerkennung des Flüchtlingsstatus der in Berlin lebenden Palästinenser*innen, deren beschleunigte Integration durch Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und Staatsbürgerschaft.
- Zusammenarbeit mit der palästinensischen Community in Berlin und Neukölln auf Basis von politischen Plattformen, Bündnisarbeit auf Augenhöhe, klare Kritik an fundamentalistisch-religiösen Haltungen.